

GSG 9-Einsatz gegen Piraten gestoppt Berlin sah zu hohe Risiken - Reederei verhandelt um Lösegeld

Berlin - Die Bundesregierung hat einen geheimen Einsatz der Anti-Terror-Einheit GSG 9 gestoppt, der die Erstürmung des von Piraten gekaperten deutschen Containerschiffs "Hansa Stavanger" zum Ziel hatte.

Der Einsatz vor der somalischen Küste sei Mitte der Woche wegen zu hoher Risiken abgeblasen worden, hieß es am Wochenende aus Sicherheitskreisen. Die Reederei verhandelt mit den Piraten nun über ein Lösegeld in Millionenhöhe.

An Bord der "Hansa Stavanger" befinden sich 24 Geiseln, darunter fünf Deutsche, in der Hand der Piraten. Diese haben ihre Wachen verdoppelt und jede Schiffsbewegung vor der Küste beobachtet. Das GSG-9-Kommando werde in der kommenden Woche wieder nach Deutschland verlegt.

200 Elitepolizisten mit Hubschraubern, Schnellbooten und Hightech-Waffen waren offenbar heimlich schon bis auf 80 Kilometer an das entführte Schiff herangebracht worden. Die USA hätten ihren Hubschrauberträger "USS Boxer" als Flaggschiff für den Einsatz zur Verfügung gestellt, meldete der "Spiegel". Mitte der Woche habe die US-Regierung dann aber einen Rückzieher gemacht, weil sie sich nicht an einem "Himmelfahrtskommando" beteiligen wolle.

Laut "Spiegel" gab es während der dreiwöchigen Planungen des Einsatzes mehrfach Streit zwischen den beteiligten Ministerien. So habe das Auswärtige Amt dem Bundesinnenministerium vorgeworfen, ohne Not die US-Regierung eingebunden zu haben. Nach der US-Absage sei die Aktion von Innenstaatssekretär August Hanning abgeblasen worden. Laut "Focus" stoppte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) den Einsatz.

Zur abgebrochenen Befreiungsaktion will Grünen-Fraktionsvize Jürgen Trittin am Montag eine Dringliche Anfrage im Bundestag einreichen. Wie aus dem bereits an Bundestagspräsident Norbert Lammert übermittelten Antrag hervorgeht, will Trittin wissen, ob fehlende Unterstützung durch die USA und "Streit um eine Risikoanalyse" zwischen den Ministerien Grund für den Abbruch der Befreiungsaktion gewesen seien.

Auch FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner forderte Aufklärung über das "Kompetenzgerangel auf dem Rücken der Geiseln".

Die "Hansa Stavanger" der Reederei Leonhardt und Blumberg war Anfang April entführt worden. Neben dem Kapitän und vier Offizieren, die deutsche Staatsbürger sind, gerieten dabei 19 weitere Besatzungsmitglieder in die Hände der Piraten. Insgesamt halten somalische Seeräuber derzeit rund 300 ausländische Seeleute und mindestens 18 Schiffe fest.

Unterdessen haben somalische Piraten den unter der Flagge Maltas fahrenden griechischen Frachter "Ariana" südwestlich der Seychellen gekapert. Von der aus 24 Ukrainern bestehenden Mannschaft des mit 35000 Tonnen Lebensmitteln beladenen Schiffes wurde niemand verletzt, sagte ein Sprecher der Reederei. Der neue Angriff im Indischen Ozean erfolgte nur kurz nach einem versuchten Überfall auf ein norwegisches Handelsschiff.

Elf mutmaßliche somalische Piraten wurden von der französischen Marine im Indischen Ozean festgenommen. afp